



kurz berichtet

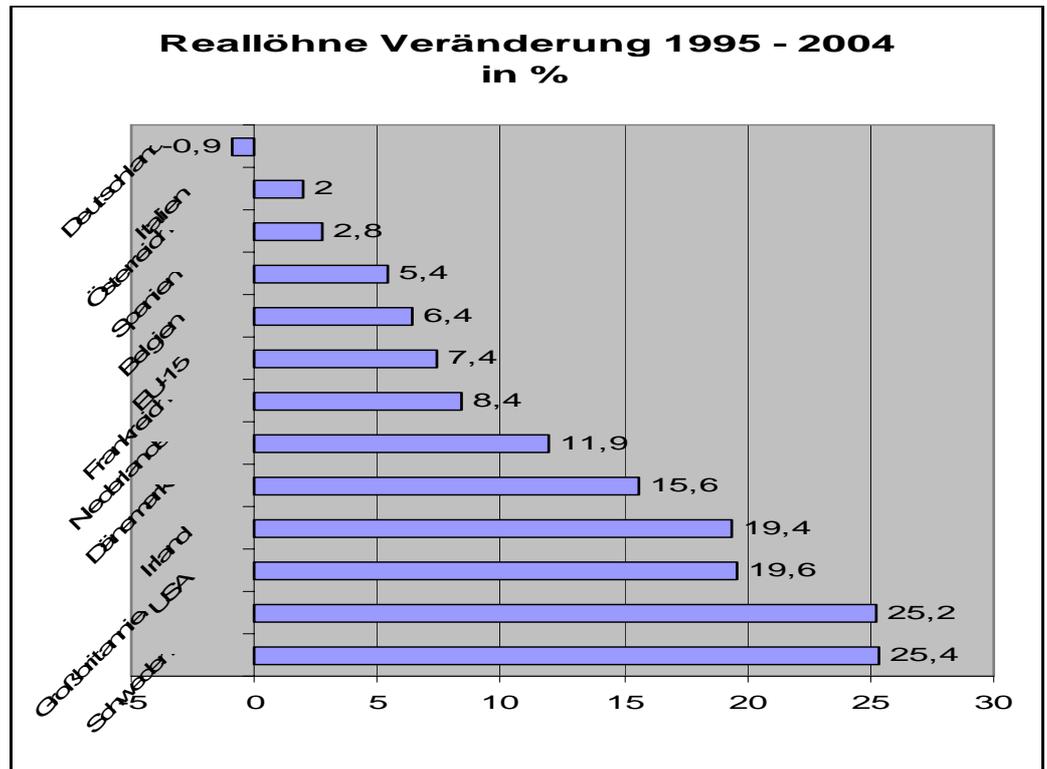
Gewerkschaft der Polizei - Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Ausgabe Juni 2005

Inhalt:

1. Lohnlüge Deutschland
2. Gewerkschaften zur Bundestagswahl
3. Beihilfavorschrift geändert
4. Umwelt- und Arbeitsschutz rechnen sich
5. Buchempfehlung: "Kein schöner Land"
6. Beitragszuschlag für Kinderlose in der sozialen Pflegeversicherung
7. Mehr Straftaten und mehr Gewalt ...
8. ... bei weniger Personal
9. Terminhinweis: Arbeitstagung Kirch und Gewerkschaften
10. Terminhinweis: Kommunalkonferenz
11. Terminhinweis: All-Inclusive-Party in Marienhausen
12. Zur Erinnerung

1. Lohnlüge Deutschland



In den letzten 10 Jahren sind in ganz Europa die Reallöhne (also bereinigt um die Inflation) gestiegen – nur in Deutschland sind sie gefallen.

www.gdp-rp.de

@: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

06131-96009-0 06131-96009-99

GdP LB Rheinland-Pfalz, Nikolaus-Kopernikus-Straße 15, 55126 Mainz
V.i.S.d.P.: Ernst Scharbach



Den deutschen Arbeitnehmern wird gerne vorgehalten, dass in anderen Ländern die Wirtschaft weit stärker wachse, als in Deutschland. Und die Arbeitgeber – die privaten wie die öffentlichen – wissen auch warum: „Die Löhne sind zu hoch, die Löhne sind zu hoch!“ Diese allgegenwärtige Lüge wird nun durch eine Untersuchung des WSI auf der Basis von Daten der Europäischen Kommission ein weiteres Mal widerlegt. Deutschland krankt an seiner schlechten Binnenkonjunktur, während der Export boomt.

Den Menschen in Deutschland wird nicht nur der Lohn gekürzt, ihnen werden auch fortwährend neue Einschnitte vorausgesagt. **Ernst Scharbach:** „Kein Wunder, dass die Leute aus Angst vor der Zukunft sparen.“

2. Gewerkschaften zur Bundestagswahl

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Einzelgewerkschaften haben ein Positionspapier zur Bundestagswahl - die vermutlich am 18. September stattfinden wird - heraus gegeben. Die lesenswerte Schrift ist nachzulesen unter:

www.gdp-rp.de .

Die Gewerkschaften betonen gemeinsam,

- dass die Wirtschaft dem Menschen dienen muss - nicht umgekehrt,
- dass es im Zuge der Globalisierung einer neuen, stabilen internationalen Finanzarchitektur bedarf,
- dass Freiheit immer auch die Freiheit von Angst vor dem sozialen Nichts ist,
- dass die Mitbestimmung ein Qualitätsvorteil deutscher Firmen und Verwaltungen ist,
- dass wir einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst brauchen - für alle, die sich keine Privatpolizei, Privatlehrer und Heimschwimmbäder leisten können,
- dass im Sinne der Frauen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefördert werden muss,
- dass die Menschen in Europa ein soziales Europa wollen - mehr als nur eine Freihandelszone
- und dass die Menschen erwarten, dass die Globalisierung endlich gerecht, sozial- und umweltverträglich gestaltet werden muss.

GdP-Landesvorsitzender Ernst Scharbach: *"Das Papier des DGB und aller Einzelgewerkschaften richtet sich an alle Parteien jedweder Couleur! Wir beziehen eindeutig Position: Für die arbeitenden Menschen in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst, für die Jungen und Alten, für die Kranken und Schwachen und für die Arbeitslosen. Und im wohl verstandenen Sinne auch für die Handwerker und Unternehmer, die mit uns zum Opfer des ungerechten Neoliberalismus werden!"*

3. Beihilfavorschrift geändert

Zahnbehandlungen pauschaliert /

Beihilfefähigkeit von Behandlungen in EU-Ländern verbessert

Zum 1.6.2005 wurde die Beihilfavorschrift geändert. Erleichtert wurde die Anerkennung von Behandlungen, Kuren und Sanatoriumsaufenthalten in den EU-Staaten.

Zur Stellung eines Beihilfeantrages müssen zukünftig Rechnungen bis zur Höhe von **200.-€** angesammelt werden, bis zur Änderung waren dies 100.-€

Maßnahmen für die Schwangerschaftsüberwachung und ärztlich verordnete Schwangerschaftsgymnastik sind zukünftig von der Kostendämpfungspauschale ausgenommen, dazu gehören auch die im Zusammenhang mit der **Schwangerschaft** verordneten Medikamente und Verbandsstoffe.

www.gdp-rp.de

@: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

☎ 06131-96009-0 📠 06131-96009-99

GdP LB Rheinland-Pfalz, Nikolaus-Kopernikus-Straße 15, 55126 Mainz
V.i.S.d.P.: Ernst Scharbach



Die Beihilfefähigkeit prophylaktischer **Zahnbehandlungen** ist zukünftig nicht mehr an das 21. Lebensjahr gebunden.

Im Bereich der zahnärztlichen Versorgung wird es erhebliche Änderungen geben. So wird zukünftig eine pauschalierte Berechnung stattfinden. Die Aufwendungen für zahntechnische Leistungen werden zu 60 % als beihilfefähig anerkannt. Diese Änderungen treten erst zum 1.9.2005 in Kraft.

In der Juli-Ausgabe der Deutschen Polizei wird **Heinz Werner Gabler** ausführlicher berichten.

4. Umwelt- und Arbeitsschutz rechnen sich

Die Firmen Allianz, BMW, Deutsche Telekom, Henkel, EMI, Ricoh und Suncor Energy bieten laut Oekom Research ein gutes Umweltmanagement, bieten sichere, gut bezahlte Jobs, betreiben umfassende Risikoanalysen und eine transparente Berichterstattung. Während viele Unternehmen dies als Kosten treibendes Spinnertum ablehnen weist die Studie nach, dass es auch dem Profit der gut geführten Unternehmen dient.

In den untersuchten Jahren 2001, 2002 und 2003 lag der Return on Investment um 13,5 % und der Gewinn pro Aktie gar um 82 % über dem Branchenschnitt. Damit ist belegt, dass umweltgerechtes und soziales Wirtschaften zu Unrecht als Wachstumsbremse verdächtigt wird. Mehr als 600 Unternehmen wurden in Zusammenarbeit mit der TU München auf den Zusammenhang zwischen Geschäftsentwicklung und Management-Leitlinien geprüft.

GdP-Vorstand **Bernd Becker**: *"Ein weiteres Mal wurde bestätigt, dass die Arbeitgeber aus wohl verstandenem Eigeninteresse auf soziales Engagement und Gerechtigkeit achten sollten - die Menschen arbeiten dort lieber, sind zufriedener und arbeiten insgesamt besser! Diese Erkenntnisse gelten ganz besonders im öffentlichen Dienst, denn bei allen Dienstleistungen ist der wichtigste Faktor der Mitarbeiter."*

5. Buchempfehlung: "Kein schöner Land"

"Der Sozialstaat ist Heimat. Beschimpfen kann ihn nur der, der keine Heimat braucht. Und den Abriß wird nur der verlangen, der in seiner eigenen Villa wohnt. Ob er sich dort noch sehr lange wohl fühlen würde, ist aber fraglich."

Jahrelang haben die Propheten des Untergangs den Menschen eingeredet, der Sozialstaat sei schuld an der Krise. Ihr Programm für den Aufschwung sieht so aus: Der Kündigungsschutz wird eingeschränkt, das Arbeitslosengeld gekürzt, das soziale Netz durchlöchert. Die Spitzensteuern werden gesenkt, die Sozialpolitiker nach Hause geschickt. Gegen die Arbeitslosigkeit hat es nichts geholfen.

Heribert Prantl sagt, wer ein Interesse daran hat, der sozialen Marktwirtschaft das Soziale auszutreiben. Und er beschreibt, welche Schritte wirklich nötig sind, um uns aus der Sackgasse zu führen.

Kein schöner Land, Heribert Prantl, Droemer-Verlag, 12,90 €

6. Beitragszuschlag für Kinderlose in der sozialen Pflegeversicherung

Stichtag für Rückerstattungen 30.06.2005

Durch das Kinder-Berücksichtigungsgesetz wird der Beitragssatz in der sozialen Pflegeversicherung für kinderlose Versicherte vom 01.01.2005 an um 0,25 Beitragssatzpunkte erhöht. Der Beitragszuschlag ist jedoch nicht zu zahlen

- **von Eltern von Kindern (Elterneigenschaft wie leibliche Eltern, Adoptiveltern, Stiefeltern, Pflegeeltern)**

In den Fällen, in denen eine Elternschaft aus den Lohn-Vergütungsunterlagen nicht zu entnehmen war, wird der Zuschlag bereits seit 01.01.05 automatisch einbehalten und abgeführt. Dies trifft überwiegend für Elternschaften vor 1999 zu; danach ist



eine EDV-mäßige Erfassung erfolgt. Eine Rückerstattung kann nur vorgenommen werden, wenn bis spätestens **30.06.2006** der OFD eine Elterneigenschaft nachgewiesen wird (durch Geburtsurkunde, Abstammungsurkunde, Auszug aus dem Familienbuch). Durch die OFD erfolgte Anfang des Jahres schriftlich ein Hinweis an alle Betroffenen. **Margarethe Relet:** „*Wer bisher noch nicht reagiert hat, sollte dies unverzüglich tun.*“

7. Mehr Straftaten und mehr Gewalt ...

Die Polizeisprecherin der CDU-Landtagsfraktion **Marlies Kohnle-Gros** hatte in einer Kleinen Anfrage Auskunft über die Entwicklung der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) seit dem Jahr 1990 erbeten.

Minister **Karl Peter Bruch** antwortete für das Innenministerium:

Die Zahl der **PKS**-Taten hat sich seit 1990 von 202.766 auf 300.548 Fälle erhöht. Es ist ein deutlicher Anstieg bei den **Rohheitsdelikten** erkennbar. Deren Zahl erhöhte sich von 16.656 auf immense 38.101. Dies entspricht einer Zunahme von 137 %. Die registrierte **Gewaltkriminalität** hat sich von 5.247 auf 10.229 fast verdoppelt!

Wurde 1990 in 164 Fällen mit einer **Schusswaffe gedroht**, waren es 2004 bereits 656 Fälle. Die Zahl hat sich damit vervierfacht!

Tatsächlich **eingesetzt** wurde die **Schusswaffe** 1990 in 197 Fällen – 2004 in 475 Fällen. Steigerung: 241 %!

Die größte Steigerung wurde bei den – meist bearbeitungsintensiven - **Betrugsfällen** registriert: Von 20.789 um 250 % auf nunmehr 51.643 Fälle.

Bernd Becker, stellvertretender Landesvorsitzender der GdP: „*Die Zahlen belegen eindeutig die Klagen der Kolleginnen und Kollegen über wachsende Arbeitsberge und über die Zunahme der ‚handgreiflichen‘ Gefahren im täglichen Einzeldienst. Leider ist der seit Jahren zu beobachtende Trend nach wie vor ungebrochen!*“

8. ... bei weniger Personal

Landtagsabgeordneter **Michael Hörter** (CDU) beehrte Auskunft über die Entwicklung in der Personalstärke seit dem Jahr 2000.

Innenminister **Karl Peter Bruch:**

Zum Stichtag 1.1.2000 waren 9.025 ausgebildete PolizeibeamtInnen im Dienst. Die Zahl sank zum 1.1.2004 auf den absoluten Tiefststand von 8760. Zum 1.1.2005 erhöhte sich die Zahl leicht auf 8.835 PolizeibeamtInnen.

Zahlreicher wurden die PolizistInnen beim LKA (von 269 auf 284), bei der ZPT (von 57 auf 68), im Ministerium (von 35 auf 38,5) und bei der FH/Polizeischule (von 147 auf 169). Bei den Präsidien stieg nur in Koblenz die Zahl von 2.023 auf 2038,5. Alle anderen Präsidien und Einrichtungen hatten die entstandenen Verluste zu tragen. Am stärksten betroffen waren das Polizeipräsidium Mainz und die Bereitschaftspolizei. Die Zahl der PolizistInnen in Mainz sank von 1.362,5 auf 1.292; bei der BePo von 1.270 auf 1.176.

GdP-Landesvorsitzender **Ernst Scharbach:** „*Die Leistungsverdichtung hat ein zu hohes Ausmaß erreicht. Das Ende der Fahnenstange ist erreicht. Wir beharren auf unseren Berechnungen: Wir brauchen 10.000 Polizeibeamtinnen und –beamte für die Dienstverrichtung.*“

Dass die ‚gefühlte‘ Personalnot noch größer ist, belegen weitere Zahlen aus der Antwort auf die Kleine Anfrage: Von den 8.835 PolizistInnen, die am 1.1.2005 im Dienst waren, fehlten wegen Elternzeit u.ä. 92, 60 wegen Altersteilzeit. 13 KollegInnen befanden sich im Auslandseinsatz.



Insgesamt weitere 735 PolizistInnen waren nur noch eingeschränkt polizeidienstfähig. Etwa 60 % wurden aus diesem Grund aus dem Schichtdienst heraus gelöst, die übrigen behielten ihre Funktion (überwiegend bereits im Tagesdienst) bei.

Landesvorstandsmitglied **Heinz Werner Gabler**: „Die KollegInnen haben mit ihrem Gefühl recht. Gerade für die operativen Dienste im Schichtdienst und in den Kommissariaten stehen immer weniger Polizisten zur Verfügung. Wir brauchen mehr Personal!“

9. Terminhinweis: Arbeitstagung Kirche und Gewerkschaften

Am 20. und 21. Juli 2005 findet im ‚Haus Mühlberg‘ in Enkenbach-Alsenborn eine gemeinsame Veranstaltung von Kirche und Gewerkschaften unter dem Titel „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit / Wird das Soziale zur lästigen Randerscheinung?“ statt. Interessenten melden sich bitte bis 8.7. bei der Evangelischen Arbeitsstelle: 0631/3642-113.

10. Terminhinweis: Kommunalkonferenz

Die Staatskanzlei veranstaltet mit weiteren Ministerien am 21. Juni 2005 (09:30h – 16:00h) die Konferenz „Zukunft vor Ort gestalten – Demographischer Wandel als Chance“ im Kurfürstlichen Schloss in Mainz. Neben einer Podiumsdiskussion werden vier Arbeitsgruppen angeboten zu den Themen: 1. Kinder, 2. Ältere Menschen, 3. Lebensqualität und 4. Kommunalen Wandel. Anmeldungen an die Staatskanzlei unter 06131/16-0 bei Frau Dulischewski.

11. Terminhinweis: All-Inclusive-Party in Marienhausen

Zu Essen und Trinken vom Feinsten lädt die Bezirksgruppe Koblenz ein. Am 9. Juli um 13:30h startet in der Grillhütte Marienhausen (Nähe Dierdorf) die Party mit Grillmeister Peter Salz, Champion Bernd Becker, Cocktail-Mixer Burkhard Kaiser, Mundschenk Michael Buchstaber und dem Vergnügungsteam Maggi Relet und Achim Eggert - unterstützt von vielen Helferinnen und Helfern. Verwandte und Freunde, natürlich auch Kindern, sind herzlich willkommen.

12. Zur Erinnerung

Am 3. April 2003 haben die Regierungsfractionen von SPD und FDP die Verlängerung der Lebensarbeitszeit für PolizistInnen in Rheinland-Pfalz auf 63 bzw. 65 Jahre beschlossen.

Verreisen?
Auto kaufen?
PSW 06131/96009-23 oder -31

v.i.S.d.P.:

Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz, Nikolaus-Kopernikus-Str. 15, 55129 Mainz

www.gdp-rp.de

gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de